

Irak und Russland – immer wiederkehrende Krisenherde für die USA

Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung für die Woche

vom 4. bis zum 10. August 2014

(Im) Im Fokus der US-Berichterstattung stand diese Woche vor allem Obamas Entscheidung, zum Schutz der im Irak lebenden Amerikaner und der verfolgten religiösen Minderheiten militärisch gegen die terroristische IS vorzugehen. Weiterhin erreichte der Ukraine-Konflikt in Hinsicht auf die Beziehung Russlands zu den westlichen Ländern einen neuen Höhepunkt, indem die russische Regierung ein Importverbot hauptsächlich für Lebensmittel aus der EU sowie den USA aussprach.

An diesem Donnerstag gab Präsident Obama bekannt, dass die USA auf die derzeitige Situation im Irak reagieren müsse und auch werde. Mittlerweile finden Luftangriffe auf die Terrormiliz IS statt, deren Verfolgung von Christen, Jesiden und Kurden schreckliche Ausmaße angenommen hat. Die militärischen Eingriffe der USA dienen zum Schutz der im Irak lebenden US-Bürger und sollen eine humanitäre Katastrophe oder gar einen Genozid an den Jesiden verhindern. Im Allgemeinen herrscht eine gesplante Meinung über die Wiederaufnahme militärischer Handlungen im Irak. Obwohl der militärische Einsatz der USA moralisch durchaus vertretbar sei, ändere dies nichts daran, dass die Beweggründe die falschen seien, so die *Los Angeles Times*. Sie kritisiert die immer wiederkehrenden Einmischungen der USA und die dadurch entstehenden Konflikte, wie auch die Motive, die zu den militärischen Einsätzen in anderen islamischen Ländern, wie z.B. Syrien, geführt haben. Die vom *New York Times* Korrespondent Peter Baker eingeführte Bezeichnung des Irak als „Friedhof der amerikanischen Ziele“ wird von der *Los Angeles Times* aufgegriffen und steht als Sinnbild für deren Meinung. Die *Washington Post* ist ähnlicher Auffassung. Sie kritisiert vor allem, dass die US-Regierung sich nur auf die Sicherung zweier Städte konzentriere, in denen US-Bürger sowie die Mehrheit der Flüchtlinge untergebracht sind. Keine Berücksichtigung finde dagegen, dass die von den Terroristen der IS und deren aus US-amerikanischen Beständen stammenden Waffen ausgehende Gefahr nicht nur für den Irak sowie die autonome kurdische Republik selbst eine Bedrohung darstelle, sondern auch für die Türkei, den Libanon oder Jordanien. Die *New York Times* nimmt eine etwas andere Position ein. Sie

befürwortet das Einschreiten der USA im Irak. Die *Times* konzentriert sich hierbei auf die humanitären Absichten der USA, die rein dem Schutz der Verfolgten dienen. Obama habe der *New York Times* zufolge eine weise Entscheidung damit getroffen, Abstand von der Aussendung neuer Bodentruppen in den Irak zu nehmen und sich auf die Hilfe der gefährdeten Zivilisten zu beschränken. Die *Times* sieht die Hauptschwierigkeit der inner-irakischen Verteidigung in den Differenzen zwischen der irakischen Regierung und den Kurden und hebt hervor, dass die Zusammenarbeit dieser beiden Gruppen nun auf Druck der USA besser funktioniere. Ross Douthat von der *Times* formulierte hierzu passend: „America can’t fix Iraq, but we can make a difference.“

Ein anderes Thema, das nicht nur die USA diese Woche beschäftigte, ist das von Russland ausgesprochene Importverbot für Waren aus EU-Ländern und den USA als Reaktion auf die von westlichen Ländern verhängten Sanktionen gegen Russland. Die Embargoliste enthält hauptsächlich Lebensmittel bzw. Agrarprodukte, die Russland zu ca. 40% aus diesen Ländern importiert. Ministerpräsident Medwedew gab diesen Donnerstag dazu bekannt, dass Russland das Importverbot für zunächst ein Jahr aussprechen wolle. Zusätzlich drohte Russland mit einem Flugverbot für europäische Airlines über russisches Territorium. Die *New York Times* sieht in den Sanktionen eine „Wie du mir, so ich dir“-Reaktion auf die aus der Krimkrise vorhergegangenen Sanktionen gegenüber Russland. Sie ist der Meinung, das Importverbot würde Russland letztlich mehr Schaden zufügen als den sanktionierten Ländern selbst. Zwar sei kein Zweifel daran, dass die meisten betroffenen Länder den Verlust zu spüren bekommen werden, allerdings nicht in demselben Ausmaß wie Russland, dem dadurch Inflation drohe. Die *New York Times* kritisiert nicht nur Putins Rücksichtslosigkeit seiner eigenen Bevölkerung gegenüber, nur um sein „Abenteuer Ukraine“ fortsetzen zu können, und befürchtet negative Folgen für die außenpolitischen Entscheidungen der westlichen Bündnispartner. Die *Los Angeles Times* wie auch die *Washington Post* schließen sich dieser Meinung an. Die *Washington Post* beschuldigt Russland, die in den letzten Jahrzehnten aufgebauten internationalen Wirtschaftsbeziehungen und damit auch die durch die Globalisierung dazu gewonnene Konsumentenfreiheit seinem nationalen Stolz und einem territorialen Krieg zu opfern. Sie sieht die Gefahr, dass sich eine solche Entwicklung in anderen Ländern wiederholen könne und damit das Gleichgewicht der globalisierten Welt ins Schwanken gebracht werde.

Quellen:

<http://www.nytimes.com/>

<http://www.latimes.com/>

<http://www.washingtonpost.com/>